



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin: Mittwoch, 17.09.2025
Sitzungsbeginn: 16:33 Uhr
Sitzungsende: 20:03 Uhr
Raum, Ort: Marcus-Heinemann-Saal, Museum Lüneburg, Zugang Wandrahmstraße 10, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Pia Redenius

Beschließende Mitglieder

Christian-Tobias Gerlach

Thomas Dißelmeyer

Ralf Gros

Keno Freund

Wolfgang Goralczyk

Andrea Kabasci

Andrea Schröder-Ehlers

Martin Lühmann

Jens-Peter Schultz

Vertretung für: Carmen Maria Bendorf

Vertretung für: Ulrich Blanck

Vertretung für: Burghard Heerbeck

Vertretung für: Jörg Kohlstedt

Grundmandat

Dirk Neumann

Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Denis Bauer

Johannes Dau

Timo Kniestadt

Jonas Korn

Ulrich Mädge

Heide Schmidt

Tobias Siewert

Uwe Wenk

Verwaltung

Claudia Kalisch

Markus Moßmann

Jürgen Kipke

Bastian Hagmaier
Dennis Lauterschlag
Jörg-Dieter Silex
Karin Fischer
Jasmin Richter
Svea Berberich

Gäste

Herr Joachim Ebinger, LNVG

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2025	
4	Genehmigung des Protokolls vom 20.05.2025	
5	Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2025	
6	Genehmigung des Protokolls vom 25.06.2025	
7	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
8	Einwohnendenfragen	
9	Schienenersatzverkehr in 2026 während der Vollsperrung zur Qualitätsoffensive - Vorstellung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	VO/11948/25
10	Änderungen der Taxenverordnung Hansestadt und Landkreis Lüneburg - Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen	BV/12078/25
11	Förderantrag des Landkreises Lüneburg zur Weiterentwicklung der Mobilitätszentrale – Sachstand und Einordnung aus Sicht der Hansestadt Lüneburg	MV/12072/25
12	Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße	VO/9298/20-5
12.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag des VCD zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße	VO/9298/20-5-1
13	Verkehrsberuhigung Kurt-Huber-Straße / Rahmenplan Kaltenmoor	BV/12077/25
14	Europäische Mobilitätswoche 2025 - Mobilität für alle	MV/12044/25
15	Anträge und Anfragen	
15.1	Antrag "Verkehrsberuhigung der Scharnhorststraße" (Antrag des AStA vom 19.11.2024)	VO/11624/24-1

TOP	Betreff	Vorlage
15.2	Anfrage "Umgestaltung Lüner Weg" (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2025, eingegangen am 03.09.2025)	AF/12080/25
16	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2025

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 11.03.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Enthaltung:	5

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 20.05.2025

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 20.05.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	3

Zu TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2025**Beschluss:**

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 28.05.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	4

Zu TOP 6 Genehmigung des Protokolls vom 25.06.2025**Beschluss:**

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 25.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	4

Zu TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Oberbürgermeisterin Kalisch begrüßt die Anwesenden.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, begrüßt die Anwesenden. Er informiert über den aktuellen Umsetzungsstand des Schulstraßenprojektes. Die entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung liege seit der vergangenen Woche vor, sie sehe eine temporäre Sperrung für den Kfz-Verkehr zu den wichtigen Hol- und Bringzeiten vor. Die Verkehrszeichen würden auf Schildertafeln angebracht, die gleichzeitig als Einengung der Straße dienen. Eltern und Anwohnende würden rechtzeitig durch die Verwaltung informiert, Anwohnende bekämen auf Antrag eine Ausnahme-genehmigung für die Durchfahrt.

Das zeitliche Ziel für die komplette Umsetzung sei der Schulbeginn nach den Herbstferien.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Soldan bekräftigt Herr Hagmaier, dass die jetzt festgelegten Zeiten nach Einführung der Ganztagschule überprüft und ggfs. angepasst würden.

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden.

Er berichtet, dass das geplante Gespräch zwischen hvv, Landkreis und Hansestadt Lüneburg zum Thema des Sozialtickets verschoben werden musste.

Er weist darauf hin, dass die angefragten Unfalldaten (siehe Anfrage des VCD, VO/11944/25) als Anlage zur Vorlage nun ergänzt worden seien.

Erster Stadtrat Moßmann gibt bekannt, dass der Ausbau des Dynamischen Fahrgastinformationssystem (DFI) nun voranschreite. Eine kurze Information als Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folie 9).

Dieses Gemeinschaftsprojekt zwischen Landkreis und Hansestadt Lüneburg solle bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Insgesamt würden 14 ÖPNV-Haltestellen im Stadtgebiet mit DFI ausgerüstet. Sie zeigten die Abfahrtszeiten der jeweiligen Buslinien an und seien mit einer Sprachausgabe für eine barrierearme Nutzung ausgerüstet. Die bereits jetzt aktiven DFIs seien teilweise noch im Testbetrieb. Zum Jahresende hin sollten alle DFIs im Regelbetrieb laufen.

Ratsfrau Kabasci bittet darum, dass über das Gesprächsergebnis über das Sozialticket ebenfalls im Sozialausschuss berichtet werde.

Rats Herr Soldan fordert, insbesondere im Hinblick auf die erwarteten Kostensteigerungen beim Deutschlandticket, von der Verwaltung, das Thema eines Sozialtickets mit Nachdruck zu verfolgen.

Erster Stadtrat Moßmann sichert dies trotz der Zuständigkeit des Landkreises Lüneburg für den ÖPNV und der schwierigen kommunalen Finanzlage zu.

Ratsfrau Schröder-Ehlers erkundigt sich, ob der Regelbetrieb der DFIs wirklich erst zum Jahresende starten könne. Herr Hagmaier erläutert, dass die technische Evaluation der Anzeiger erforderlich sei, damit es zuverlässig funktioniere.

Anlage 1 praesentation_top_7

Zu TOP 8 Einwohnendenfragen

Es werden zwei Einwohnendenfragen gestellt. Die Fragestellende ist der Verwaltung namentlich bekannt, möchte jedoch nicht, dass ihr Name und ihre Anschriften im Protokoll veröffentlicht werden.

Die erste Frage richtet sich an die Verwaltung:

„Wären mit der Umwidmung des Amselweges in eine unechte Fahrradstraße nennenswerte Kosten, größere bauliche Eingriffe oder Konflikte mit dem geplanten Neubau der Amselbrücke verbunden?“

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass bei einer Anordnung einer unechten Fahrradstraße überschaubare Kosten für eine Umschilderung und Markierung entstünden. Konflikte mit dem Neubau

der Amselbrücke seien nicht zu erwarten.

Die zweite Frage richtet sich an die Politik:

„Ende vergangenen Jahres hatte sich der Mobilitätsausschuss für eine Umwidmung ausgesprochen. Wenig später entschied sich der Verwaltungsausschuss dagegen. Mit welcher Begründung?“

Erster Stadtrat Moßmann bemerkt, dass die Sitzungen des Verwaltungsausschusses nichtöffentlich stattfänden, nur die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Tagesordnungspunkten würden im Bürgerinformationssystem veröffentlicht, nicht jedoch das Stimmverhalten einzelner Mitglieder und der Verlauf der dazugehörigen Diskussion. Dies sei in den rechtlichen Vorgaben des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes festgeschrieben.

Ratsfrau Kabasci gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einrichtung von echten oder unechten Fahrradstraßen generell unterstütze.

Ratsherr Goralczyk gibt an, dass die CDU-Fraktion dagegen gestimmt habe.

Ratsherr Schultz macht für die SPD-Fraktion keine Angabe.

Zu TOP 9 **Schienenersatzverkehr in 2026 während der Vollsperrung zur Qualitätsoffensive - Vorstellung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH**
VO/11948/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Ebinger, als Vertreter der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) und Gast im Ausschuss für Mobilität anwesend, informiert über den Schienenersatzverkehr (SEV) in 2026 während der Vollsperrung zur Qualitätsoffensive. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 12-27).

Oberbürgermeisterin Kalisch kritisiert das vorgestellte Konzept des SEV und fordert insgesamt mehr Unterstützung speziell für pendelnde Personen, die aufgrund ihrer Berufstätigkeit auf gute fernverkehrliche Verbindungen angewiesen seien. Sie könne sich z.B. von der LNVG finanzierte Übernachtungsmöglichkeiten am Arbeitsort vorstellen.

Herr Ebinger erläutert die finanziellen und rechtlichen Restriktionen, denen die LNVG unterworfen sei. Aufgabe der LNVG sei während der Zeit der Qualitätsoffensive die Sicherstellung eines SEVs. Er sehe durchaus die Herausforderungen für pendelnde Personen.

Herr Ebinger legt dar, dass sich insbesondere seit der Pandemie das Pendleraufkommen merklich reduziert habe (Homeoffice, flexiblere Arbeitsmöglichkeiten). Ein Drittel der Verkehre zwischen Hamburg und Hannover seien Durchgangsverkehre, die durch die Qualitätsoffensive nicht beeinträchtigt seien. Er nehme die Einschränkungen für pendelnde Personen aus Lüneburg durchaus

wahr, halte diese aber während der zehnwöchigen Zeitspanne insgesamt für zumutbar.

Oberbürgermeisterin Kalisch postuliert eine Schnellbuslinie zwischen Lüneburg und Hannover. Herr Ebinger zeigt Verständnis für diese Forderung, verweist jedoch hier auf die Fernverkehrverantwortlichkeit der DB.

Ratsfrau Schröder-Ehlers unterstützt die Forderung der Oberbürgermeisterin Kalisch nach einer Schnellbuslinie zwischen Lüneburg und Hannover und regt eine parteiübergreifende politische Forderung im Sinne einer Resolution an. Im Übrigen sagt sie politische Unterstützung zu, wenn es um die Formulierung von Forderungen in Richtung DB geht. Außerdem hält sie im Laufe der zehnwöchigen Streckensperrung eine fortlaufende Evaluation zur flexiblen Anpassung und Nachsteuerung für wichtig.

Ratsfrau Kabasci möchte wissen, ob es ein ausreichendes Angebot für Rollstuhlfahrende gebe, da Gelenkbusse üblicherweise mit nur einem Platz für Rollstuhlfahrende ausgestattet seien. Darüber hinaus interessiert sie, ob es eine Absprache mit der MOIN wegen des begrenzten Platzangebots am ZOB gebe.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, gibt zu bedenken, dass es auch eine große Anzahl pendelnder Studierender gebe. Er fragt, ob eine Taktverdichtung auf der Strecke Lüneburg-Büchen-Lübeck in Betracht gezogen worden sei, da es hier ebenfalls Verbindungen von Büchen und Lübeck nach Hamburg gebe.

Herr Ebinger betont, dass die Beförderungsmöglichkeiten von Rollstuhlfahrenden äußerst wichtig seien, ebenso hätte die Fahrgastinformation einen hohen Stellenwert. Eine Fahrradmitnahme während der zehn Wochen sei jedoch nicht möglich. Insgesamt könne im SEV nicht der Standard des regulären Schienenpersonennahverkehrs erreicht werden. Eine Taktverdichtung auf der Strecke Lüneburg-Büchen-Uelzen könne nicht bis zur Qualitätsoffensive 2026 erreicht werden, da dies einen Ausbau des Knotens Lüneburg und der Begegnungsmöglichkeiten auf der Schienenstrecke voraussetze. Zu dem Thema der Abfahrtsplätze stehe die LNVG im Austausch mit allen Beteiligten, auch der MOIN.

Ratsherr Gros betont die Wichtigkeit der Verbindung Lüneburg-Büchen. Er erkundigt sich, ob die LNVG mit der DB bezüglich der Baumaßnahmen in verschiedenen Streckenabschnitten in Abstimmung stehe und Einflussmöglichkeiten habe.

Ratsherr Soldan fragt, ob vier Gelenkbusse in Richtung Uelzen zur gleichen Zeit oder versetzt abfahren sollten und ob auch ein anderer Abfahrtsort als der ZOB in Betracht gezogen werden könne. Er bittet um Auskunft zu Fahrplänen, Fahrpreisen und Reservierungsmöglichkeiten.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, kritisiert die Vollsperrung der Strecke. Er verweist auf die Strecke der Heidebahn als Ausweichmöglichkeit. Er findet es wichtig, dass die Fahrgäste Informationen zu den jeweils besten und passendsten Verbindungen erhalten.

Herr Ebinger führt aus, dass die Entscheidung über die Baumaßnahmen an der Strecke in der Kompletverantwortung der DB liege, der LNVG stünden hier keine Verhandlungsoptionen zur Verfügung. Die Strecke der Heidebahn sei keine geeignete Ausweichmöglichkeit. Die Fahrpreise während des SEV entsprächen dem bewährten Tarifsystem, einen Fahrplan werde es selbstverständlich geben, Reservierungsmöglichkeiten seien jedoch nicht vorgesehen. Die LNVG halte Reservebusse zur flexiblen Anpassung an das Fahrgastaufkommen bereit. Die Busse nach Uelzen führen versetzt. Es seien keine anderen Haltepunkte als der ZOB disponiert.

Herr Siewert, beratendes Mitglied auf Vorschlag des IHK, weist daraufhin, dass auch Menschen nach

Lüneburg hineinpendeln, um hier bei ortsansässigen Firmen zu arbeiten. Die Qualitätsoffensive finde zu einer Hochzeit für den Tourismus statt, er befürchte daher Einbußen in diesem für Lüneburg so wichtigen Wirtschaftszweig. Er möchte wissen, ob die LNVG bezüglich möglicher Baustellen auf der Bundesstraße 4 im Austausch mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stehe. Herr Ebinger bejaht dies.

Ratsherr Schultz übt eine umfassende Kritik an der DB und dem in 2026 geplanten SEV.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, macht nachdrücklich auf die Mobilitätsbedarfe von Rollstuhlfahrenden und Senioren aufmerksam. Er begrüßt die Idee einer Schnellbuslinie zwischen Lüneburg und Hannover.

Frau Schmidt, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Behindertenbeirates, sieht vor allem Probleme für Rollstuhlfahrende während des SEV.

Ratsfrau Schröder-Ehlers stellt folgenden Antrag:

„Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert:

1. Die LNVG wird aufgefordert, während der Baumaßnahmen an der Bahnstrecke Hamburg-Hannover im Jahr 2026 eine Schnellbuslinie vom Bahnhof Lüneburg direkt zum Hauptbahnhof Hannover in stündlicher Taktung anzubieten.
2. Aufgrund der unklaren Nachfrage muss das Angebot regelmäßig so nachgesteuert werden, dass es bedarfsgerecht angeboten wird.“

Frau Oberbürgermeisterin Kalisch teilt mit, dass sie sich wegen der eingangs von Frau Schröder-Ehlers angeregten politischen Vorgehensweise zwischenzeitlich auch mit Herrn Moßmann ausgetauscht habe. Sie unterbreitet alternativ den Vorschlag, dass die Verwaltung zur kommenden Sitzung des Rates auf Grundlage der heutigen Mitteilungsvorlage eine Beschlussvorlage einbringen werde, die auch die heute diskutierten und formulierten, weitergehenden Forderungen aufnehmen werde.

Ratsherr Soldan fragt, wo die Reservebusse in Lüneburg stationiert werden. Herr Ebinger antwortet, dass Reservebusse in Lüneburg und Uelzen vorhanden sein werden.

Ratsherr Lühmann schlägt vor, während der Qualitätsoffensive ein kostenloses Ticket für Fahrgäste in dem betroffenen Streckenabschnitt anzubieten.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, erläutert die unterschiedlichen Zulassungsvoraussetzungen von Bussen für Nah- und Fernverkehr, Herr Ebinger führt dazu weiter aus (Höchstgeschwindigkeit, Zulassung für Autobahnen, Fahrgastsicherung etc.).

Oberbürgermeisterin Kalisch appelliert zum Ende der Diskussion an die LNVG, die städtischen Forderungen zu überdenken und an konstruktiven Lösungen im Sinne der Lüneburger Pendelnden zu arbeiten.

Die Ausschussvorsitzende lässt schließlich unter Berücksichtigung des Antrages von Frau Schröder-Ehlers sowie des alternativen Vorschlages der Oberbürgermeisterin darüber abstimmen, ob die Verwaltung eine fortgeschriebene und um einen Beschlussvorschlag erweiterte Vorlage zur kommenden Ratssitzung vorlegen solle, die auch die heute erarbeiteten weitergehenden Forderungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8
Nein: 0
Enthaltung: 1

Anlage 1 praesentation_top_9

**Zu TOP 10 Änderungen der Taxenverordnung Hansestadt und Landkreis Lüneburg -
Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen
BV/12078/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt die beiliegende Verordnung zur 15. Änderung der Verordnung der Hansestadt Lüneburg zur Regelung des Taxenverkehrs (Taxenverordnung) sowie die Verordnung zur 13. Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Lüneburg (Taxenverordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 2
Enthaltung: 3

Beratungsinhalt:

Herr Klose, Leitung des Fachbereichs 3a – Ordnung und Bürgerservice –, stellt den Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e.V. auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen vor. Eine Übersicht der Preisentwicklung im Taxenverkehr findet sich in der Präsentation als Anlage im digitalen Informationssystem (Folien 28-30).

Ratsherr Lühmann hält die geforderte Erhöhung für nicht gerechtfertigt.

Ratsherr Schultz stimmt der Erhöhung im Hinblick auf die Entwicklung des Mindestlohns zu, erachtet die allgemein steigende Preisentwicklung als schwierig sowohl für Taxenunternehmen als auch für die Taxennutzende.

Erster Stadtrat Moßmann äußert seine Besorgnis über die Entwicklung eines „Tarif-Automatismus“ nach oben. Aus Sicht der Verwaltung sei die beantragte Erhöhung nachvollziehbar, man sehe aber auch, dass sich zunehmend weniger Menschen eine Taxifahrt leisten könnten.

Ratsherr Soldan äußert sich für seine Fraktion zustimmend zu dem gestellten Antrag.

Herr Siewert, beratendes Mitglied auf Vorschlag der IHK, schließt sich den Ausführungen des Ratsherren Soldan an.

Ratsfrau Kabasci merkt an, dass die Erhöhung des Mindestlohns nötig sei.

Zu TOP 11 Förderantrag des Landkreises Lüneburg zur Weiterentwicklung der Mobilitätszentrale – Sachstand und Einordnung aus Sicht der Hansestadt Lüneburg
MV/12072/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, verweist auf die Vorlage. Die Leitung des Fachdienstes Mobilität, Frau Harlfinger-Düpow, sei kurzfristig verhindert und stehe daher heute nicht für Fragen zur Verfügung.

Ratsherr Schultz möchte wissen, was passiere, wenn die Stadt ihren Anteil nicht zahle bzw. nicht zahlen könne. Er bittet die Verwaltung darum, erste Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Betrieb der Mobilitätszentrale in einem der nächsten Mobilitätsausschuss-sitzungen vorzustellen.

Ausschussvorsitzende Redenius schlägt vor, Frau Harlfinger-Düpow zur nächsten Mobilitätsausschusssitzung einzuladen.

Ratsfrau Kabasci erbittet mehr Informationen zu den geplanten Ausgaben und begrüßt den Vorschlag, Frau Harlfinger-Düpow zum nächsten Mobilitätsausschuss einzuladen. Insbesondere interessiert sie die Kostenzusammensetzung für das betriebliche Mobilitätsmanagement.

Zu TOP 12 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße
VO/9298/20-5

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, informiert über den aktuellen Planungsstand zum Fahrradring Lüneburg im Abschnitt Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 32-42).

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, führt zu seinem Änderungsantrag aus und bringt deutlich seine Kritik an der Stellungnahme der Verwaltung zu seinem Änderungsantrag zum Ausdruck.

Ratsfrau Schröder-Ehlers kritisiert die Führung des Fahrradrings insgesamt, insbesondere die Führung durch die Straße Auf dem Kauf in Richtung der Lüner Straße und ist der Auffassung, dass die Führung des Fahrradrings gegenüber der ursprünglichen Planung geändert worden sei.

Erster Stadtrat Moßmann verneint dies und erläutert die Entwicklung der Bezeichnung „Fahr-

radring“ seit der Ursprungsbeschlussfassung in 2020. Mit dem Beschluss des Rates zum Doppelhaushalt 2025/2026 seien Mittel für den Fahrradring verfügbar.

Herr Hagmaier erläutert noch einmal die Ursprungsvorlage aus 2020, bereits damals sei die jetzige Führung für den Radverkehr festgelegt worden. Die Straßen Rosenstraße und An den Brodbänken seien als Fußgängerzone nicht geeignet, eine Bevorrechtigung des Radverkehrs herbeizuführen.

Frau Schröder-Ehlers fragt, ob aus dem Platz, der in der vorgestellten Planung für Fahrradbügel vorgesehen sei, nicht eher Stellplätze geschaffen werden könnten. Sie spricht sich für mehr und nicht weniger innenstadtnahe Stellplätze aus.

Herr Hagmaier erläutert die Platzproblematik, insbesondere für den Fußverkehr. Die Umwandlung von Quer- in Längsparken hätten mit den aktuellen technischen Regelungen entweder den Fortfall der Fußwege auf der westlichen Seite oder eine nicht unerhebliche Verschmälerung der ilmenauseitigen Fußwege zur Folge. Der Platz für die vier vorgesehenen Fahrradbügel entspräche nicht einmal der Größe eines einzigen Stellplatzes.

Ratsfrau Kabasci erinnert daran, dass der Ursprungsbeschluss in 2020 eine Umgestaltung der Ilmenaustraße für 2021 vorgesehen habe und hält eine Beschlussfassung zur heute vorgelegten Vorlage für überfällig. Sie priorisiere die Variante Längsparken und halte die Verlagerung von parkenden Kfz in Parkhäuser für sinnvoll zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Weiter fordere sie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, unterstützt den Änderungsantrag des VCD. Eine durch den ADFC verantwortete Zählstation habe bis etwa 2000 Kfz/Tag in der Ilmenaustraße gezählt. Beobachtungen vor Ort hätten gezeigt, dass ein Teil davon Parksuchverkehr sei. Herr Wenk spricht sich für die Beibehaltung von Behindertenparkplätzen aus. Er führt an, dass sich in der Nähe der Ilmenaustraße zwei Parkhäuser befänden, so dass ausreichend Parkflächen zur Verfügung stünden.

Herr Siewert, beratendes Mitglied auf Vorschlag des IHK, begrüßt den Vorschlag der Verwaltung als guten Kompromiss zwischen den Belangen der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden. Er hebt hervor, dass die vorgestellte Entwurfsplanung insbesondere die Aufenthaltsqualität verbessere.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, begrüßt die Erweiterung des Fahrradrings. Er hält das Längsparken auch aus Gründen der Aufenthaltsqualität für erstrebenswert, da sich in der Ilmenaustraße ein schöner Grünstreifen befinde.

Ratsherr Schultz stellt klar, dass die SPD im Stadtrat bisher immer der Umsetzung des Fahrradrings zugestimmt habe, sie sei auch dem Radentscheid beigetreten. Er bittet um Auskunft zum Stand der Fördermittelbewilligung. Er folge dem Vorschlag der Verwaltung.

Ratsherr Soldan bemerkt, dass für Anwohnende und Besuchende der Physiotherapie-Praxis Stellplätze zur Verfügung stehen sollten. Er erkundigt sich nach den Details der Gehweggestaltung auf der Ostseite.

Herr Hagmaier betont noch einmal, dass die hier vorgestellte Planung eine Entwurfsplanung sei. Finale Festlegungen in Detail gäbe es zu diesem Stand der Planung nicht und Vorschläge könnten im weiteren Verlauf noch eingebracht werden, z.B. konkrete Materialverwendung für den Gehweg. Auch eine Zeitachse für Ausschreibung, Vergabe und Umsetzung sei noch nicht bestimmt. Eine Fahrradabstellanlage sei in der Neuen Sülze angedacht, die Ilmenaustraße biete auch kein auskömmliches Platzangebot für eine solche Anlage.

Er könne zum heutigen Tag keine Auskunft zum Stand der Fördermittelbewilligung geben. Der Fördermittelgeber sei leider mit seiner Entscheidung im Verzug. Er rechne mit einem Bescheid im Oktober 2025.

Ratsherr Lühmann berichtet, dass er aktuell die Meinung der Gewerbetreibenden in der Ilmenaustraße eingeholt habe. Diese hätten Wünsche nach einer Ladezone, nach einer verbesserten Aufenthaltsqualität (z.B. Parkbänke) und Parkmöglichkeiten geäußert. Außerdem sei die Sichtachse am Kreuzungspunkt Altenbrückertorstraße und Ilmenaustraße durch die Wertstoffcontainer eingeschränkt, hierfür sei ein anderer Standort sinnvoll.

Herr Korn erinnert an den Beitritt des Rates zum Rad- und Klimaentscheid. Eine Verzögerung in der Umsetzung des Fahrradringes konterkariere die Ziele dieser Entscheide. Er vermisse in der augenblicklichen Diskussion die Auseinandersetzung mit den Argumenten aus dem Änderungsantrag des VCD, er halte eine Verengung allein auf die Parkplatzproblematik für fatal. Er bittet um eine Zustimmung zu dem Änderungsantrag des VCD.

Ratsherr Gerlach erklärt die Ablehnung der CDU zu beiden Beschlussvorschlägen aus Gründen der angespannten Haushaltslage und des Wegfalls von Parkplätzen.

Ratsfrau Redenius verweist auf den Beschluss zum Fahrradring in 2020 und spricht sich für die Variante des Längsparkens aus.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, plädiert nachdrücklich, dass ältere Menschen weiterhin die Innenstadt erreichen und dort mobil sein können. Idealerweise verkehre ein Elektrobus als Ringverkehr in der Innenstadt im 10-Minuten-Takt. Erst dann könnten Parkplätze entfallen.

Ratsherr Gros weist daraufhin, dass die Variante des Längsparkens ein Vorteil für die Verkehrssicherheit darstelle.

Erster Stadtrat Moßmann möchte der Klärung der aufgeworfenen Fragen nachgehen, um eine entscheidungsreife Vorlage vorlegen zu können. Dies seien insb. die Fragen nach dem Bedarf der Gewerbetreibenden im Umfeld der Ilmenaustraße sowie der Bedarf der Bewohner in dem Bewohnerparkbereich, in dem sich die Ilmenaustraße befindet. Er zieht aus diesem Grund die Vorlage der Verwaltung zurück und sagt eine erneute Vorlage in der nächsten Sitzung des Mobiliätsausschusses zu.

Ausschussvorsitzende Redenius kritisiert dieses Vorgehen und benennt es in Anbetracht der bereits stattgefundenen und zeitintensiven Diskussion für ineffizient.

Nachtrag: Die Hansestadt Lüneburg wurde per Mail am 26.09.2025 darüber informiert, dass ein Zuwendungsbescheid ergehen wird.

Anlage 1 praesentation_top_12

Zu TOP 12.1 Änderungsantrag des VCD zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße
VO/9298/20-5-1

Da die Vorlage VO/9298/20-5 durch den Ersten Stadtrat Moßmann zurückgezogen wurde (siehe TOP 12), wird nicht über den dazugehörigen Änderungsantrag des VCD abgestimmt.

**Zu TOP 13 Verkehrsberuhigung Kurt-Huber-Straße / Rahmenplan Kaltenmoor
BV/12077/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss/Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Vorplanung die Leistungsphasen 3 bis 6 gemäß § 47 HOAI (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung und Vorbereitung der Vergabe) für die Kurt-Huber-Straße sowie die Graf-Schenk-von-Stauffenberg-Str. auszuarbeiten und die zur Umsetzung erforderlichen weiteren Planungsschritte einzuleiten. Wichtig ist die stufenweise Beauftragung. Die Ergebnisse der Entwurfsplanung und der Kostenschätzung sind dem Verwaltungsausschuss zur abschließenden Freigabe vor der baulichen Ausführung im Jahr 2027 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, fragt, ob zu diesen Planungen eine Anwohnendenbeteiligung stattgefunden habe.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass hierzu am 06.11.2025 eine öffentliche Sitzung des Begleitausschusses Soziale Stadt/ Sozialer Zusammenhalt stattfinden werde.

Herr Mädge hält diese Beteiligung aufgrund der für das Sanierungsgebiet geltenden Regelungen für nicht ausreichend, woraufhin Herr Moßmann eine Klärung zusagt.

Herr Hagmaier hebt hervor, dass der Beschlussvorschlag nicht die konkrete bauliche Umsetzung, sondern das Weiterverfolgen der Planung beinhalte.

Anlage 1 praesentation_top_13

**Zu TOP 14 Europäische Mobilitätswoche 2025 - Mobilität für alle
MV/12044/25**

Die Informationen der Verwaltung wurden zur Kenntnis gegeben und durch die Präsentation ergänzt.

Anlage 1 praesentation_top_14

Zu TOP 15 Anträge und Anfragen

**Zu TOP 15.1 Antrag "Verkehrsberuhigung der Scharnhorststraße" (Antrag des AStA vom 19.11.2024)
VO/11624/24-1**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Mobilitätsausschusses vertagt.

**Zu TOP 15.2 Anfrage "Umgestaltung Lüner Weg" (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2025, eingegangen am 03.09.2025)
AF/12080/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Mobilitätsausschusses vertagt.

Zu TOP 16 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ratsherr Soldan erkundigt sich unter Bezugnahme auf einen Artikel der Landeszeitung, was eine Kündigung der Beteiligung Adendorfs am StadtRAD-System für finanzielle und angebotsbezogene Auswirkungen hätte.

Herr Kipke Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, erläutert, dass die Gemeinde Adendorf zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Beschluss über eine Kündigung gefasst habe. Die Hansestadt Lüneburg stehe im Austausch mit dem Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Adendorf, Herrn Bürgermeister Maack. Dieser habe durch die Gemeindepolitik den Auftrag erhalten, Förder- und Zuwendungsmöglichkeiten für das StadtRAD-System zu finden und mögliche Verhandlungsoptionen zu prüfen. Herr Maack sei zuversichtlich, dass die StadtRAD-Station in Adendorf bestehen bleibe, evtl. werde sie verlagert.

Ratsherr Lühmann stellt zu den Lichtsignalanlagen in der Jägerstraße und am Reichenbachplatz eine Frage. Diese wird als Nachtrag zum Protokoll wie folgt beantwortet:
Die durch Verkehrsunfälle verursachten Beschädigungen der Lichtsignalanlagen werden zeitnah repariert, entsprechende Aufträge an den Dienstleister wurden erteilt.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, fordert einen Ersatzverkehr für die Buslinie 5011, die aufgrund der Baumaßnahme in der Dahlenburger Landstraße nicht alle Haltestellen anfahren kann. Hierdurch seien insbesondere Seniorinnen und Senioren betroffen. Herr Kipke entgegnet, dass die Stadt diese Forderung unterstütze und erneut an den Landkreis Lüneburg als Aufgabenträger weitergebe. Dieser schätze den tatsächlichen Bedarf leider nicht als so akut ein.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, erkundigt sich nach den Radfrequenzmessgeräten an der Scharff-Kreuzung.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, sagt, dass die Reparatur beim Dienstleister beauftragt sei. Er verweist auf die laufende Ausschreibung für ein Verkehrsdaten-Dashboard. Sobald dieses vorhanden sei, könnten auch die durch die Messgeräte generierten Daten öffentlich eingesehen werden.

Pia Redenius

Markus Moßmann
Erster Stadtrat

Jasmin Richter
Protokollführerin